2017/39 Reportage

https://www.jungle.world/artikel/2017/39/vom-maisfeld-zur-todeszone

Gewalt und Morde an Frauen in Mexiko

Vom Maisfeld zur Todeszone

Von **Kathrin Zeiske**

Nirgendwo in Mexiko gibt es so viele Fälle von Gewalt und Morden an Frauen und Mädchen wie im Bundesstaat México. Machismo und Misogynie reichen hier von der Straße bis ins Staatsamt.

Die Seilbahn zwischen Santa Clara und La Cañada führt über Hügel voller Häuser, dicht befahrene Ausfallstraßen und dunkle Abwässerkanäle. Alfredo del Mazo Maza lächelt in einer der Gondeln sein strahlendstes Wahlkampflächeln für die Facebook-Liveübertragung. Es ist Wahlkampf im Mai im Bundesstaat México. Graumelierte Haare, blasser Teint und ebenmäßige Gesichtszüge – wie viele aufstrebende Politiker der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) sieht del Mazo aus wie ein Telenovela-Star. Mit dem mexikanischen Präsidenten Enrique Peña Nieto hat er vieles gemein: die Verwandtschaft, die Zugehörigkeit zu den obersten Machtzirkeln der ewigen Regierungspartei PRI und bald schon den Gouverneursposten des stimmenstärksten Bundesstaates des Landes.

Am 16. September trat del Mazo sein Amt als Gouverneur an. Sein Wahlsieg war so knapp wie umstritten. Zum ersten Mal musste die PRI in ihrer Hochburg und Kaderschmiede um die Macht bangen. Das liegt auch an der Empörung über Frauenmorde und die damit zusammenhängende Korruption und Straflosigkeit. Denn als Gouverneur hat del Mazo auch die Verantwortung für die immer stärkere Verbreitung eines tödlichen Phänomens: des Femizids.
Durchschnittlich jeden zweiten Tag wird im Bundesstaat México, der die Hauptstadt des Landes umgibt, eine Frau ermordet. Mit bloßen Händen erwürgt, erschlagen, bei lebendigem Leibe verbrannt, erstickt, gesteinigt. Aus Hass, Machismo und Besitzdenken von Partnern und ehemaligen Partnern; aus Sadismus und Allmachtsphantasien von Unbekannten; von Kartellangehörigen, die für ihre Gewinne im Drogen-, Frauen- und Organhandel über Leichen gehen. Die Zurschaustellung misshandelter oder zerstückelter Frauenkörper im öffentlichen Raum des Bundesstaats spiegelt den Normalzustand der Gewalt wieder.

Dokumentiert und stickt Fälle von Gewalt gegen Frauen. Minerva Valenzuela von der Initiative »Bordamos Femicidios«

Bild:
Ina Riaskov

Farbe statt Partizipation

Die hohe Zahl der Frauenmorde sei jedoch bis zum Wahlkampf um den Gouverneursposten im Frühling kein Thema für die breite Bevölkerung gewesen, so Samuel Ríos, ein Lokalpolitiker, der einst für die Oppositionspartei PRD kandidierte. Die Vertuschung von Zahlen seitens der Behörden, Schuldzuschreibungen an die Opfer und der allgemeine Terror der Kartelle tun ein Übriges, um die so alltäglichen wie öffentlichen Morde zu bagatellisieren. »Femizide sind kein Problem mangelnder Sicherheitspolitik«, bemerkt Ríos. »Sie sind Ausdruck von bad governance, von einer Regierung, die Straflosigkeit zum Status quo erklärt hat.« Im Wahlkampf unterstützte der junge Unternehmer aus Chicoloapan del Mazos stärkste Konkurrentin, Delfina Gómez. Die Kandidatin der linken Partei Morena stellte die Frauenmorde und die Strafvereitelung durch die PRI-Regierung in den Vordergrund ihres Wahlkampfs. »Eine Wahl für das Leben von Frauen«, titelten viele Medien und das Thema rückte in die Öffentlichkeit.

16 Millionen Einwohner machen den einst ländlich geprägten Bundesstaat México zum am dichtesten besiedelten Ballungszentrum Lateinamerikas. Die ehemaligen Dorfkerne der sogenannten milpa industrial, des »industriellen Maisfelds«, sind kaum mehr auszumachen zwischen den wild wuchernden Vierteln, den neuen Asphaltbreschen, den Filialen von Walmart und Western Union. Öffentliche Räume sind Shopping Malls

gewichen, brachliegende Grundstücke und leerstehende Häuser zum Revier der Banden und Kartelle geworden, das zum Ablegen von Frauenleichen genutzt wird. Die umgebenden Häuserschluchten bleiben so lange unverputzt, bis im Wahlkampf Wandfarbe vom PRI verteilt wird. Seit der letzten Präsidentschaftswahl dominieren Türkis, Pink und Rot die abfallenden Straßenzüge, die in der Regenzeit von Schlamm- und Mülllawinen bedeckt werden.

> »Als Zivilgesellschaft müssen wir die umfassende Aufklärung von Verbrechen einfordern, in die der Staat wie die organisierte Kriminalität gleichermaßen verwickelt sind.« Diana Ríos, Forensikerin

»Die Menschen hier leben in bitterer Armut und die Politiker machen sich dies zunutze«, sagt Ríos. 30 Jahre ist er alt, trägt ein rosakariertes Hemd und eine Steppweste. Seine Kandidatin Gómez verfehlte den Sieg um nur 2,91 Prozentpunkte. Viele sprachen von Wahlbetrug, die Partei Morena beantragte eine Neuauszählung der Stimmen. Es wäre für Morena der erste Wahlsieg in einem Bundesstaat gewesen, die Partei gilt vielen als eine zivilgesellschaftliche Hoffnung für die Präsidentschaftswahlen 2018. Doch der PRI hat in »Edomex«, wie der Bundesstaat allgemein genannt wird, alles in der Hand: den öffentlichen Nahverkehr, subventionierten Wohnungsbau, Sand- und Gesteinsabbau, die lokalen Medien. »Das Problem sind nicht gefälschte Wahlscheine, es ist der Stimmenkauf vor der Wahl. Die Menschen lassen sich mit Lebensmittelspenden abspeisen; dabei stünde ein Millionenhaushalt zur Verfügung, um ihnen ein gutes Leben zu gewährleisten«, meint Ríos.

Verscharrt im Massengrab

Von einem guten Leben träumte auch Mariana Yañéz. Sie lernte eifrig, um Pilotin zu werden. Als Frau ins Cockpit, das entsprach ihren Vorstellungen von Eigenständigkeit und Selbstverwirklichung. Um an der nächsten Ecke Kopien für die Bewerbungsunterlagen zu machen, verließ die 18jährige an einem Septemberabend 2014 kurz ihr Elternhaus. Sie kehrte nie wieder zurück. Ihre Mutter Guadalupe Reyes wurde von den Behörden zunächst nicht ernstgenommen, dann hingehalten und schließlich ohne jegliche Angabe von Ermittlungsdetails über den Tod der Tochter informiert. Marianas Knochen sollen gemeinsam mit Tausenden anderen aus dem davon verstopften Kanal Río de los Remedios geborgen worden sein, über den die Gondeln der Seilbahn ziehen. Nach den Funden wurden ein Frauenhandelsring und das Militär mit den Verbrechen in Verbindung gebracht.
In Nextlalpan knien an einem Morgen Forensiker in weißen Schutzanzügen vor einem abgesteckten Feld an der Friedhofsmauer. Im Schatten der knorrigen Pinien, dort, wo die Gräber Namen tragen, sind Angehörige der Staatsanwaltschaft versammelt. Etwas abseits stehen die Eltern von Mariana Yañéz, deren Knochen hier in einem anonymen Massengrab liegen sollen, begleitet von einer Psychologin. Das Ehepaar wirkt gefasst. Seit Monaten haben sie um eine Exhumierung gekämpft, heute findet sie statt. Die Polizei filmt. Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und Journalisten sind hinter das gusseiserne Tor verbannt, das Beamte martialisch mit Maschinengewehren bewachen. Einige Menschen stehen auf der unbefestigten Straße vor dem Friedhof. Hinter ihnen grast eine

Schafherde. Maschinenlärm einer nahen Baustelle dringt durch die morgendliche Stille.

Die Exhumierung ist ein politischer Akt. »Die staatlichen Untersuchungsergebnisse werden durch die Präsenz von Familie, Organisationen und Presse in Frage gestellt«, sagt Diana Ríos vom Team der mexikanischen anthropologischen Forensiker (EMAF). Angesichts von Straflosigkeit, Korruption und der horrenden Zahl von verschwundenen und ermordeten Mädchen und Frauen im Bundesstaat sollten solche Exhumierungen keine Ausnahme bleiben. »Als Zivilgesellschaft müssen wir die umfassende Aufklärung von Verbrechen einfordern, in die der Staat wie die organisierte Kriminalität gleichermaßen verwickelt sind«, so die Forensikerin. Allen voran beherrschen die Kartelle »La Familia Michoacana« und »Caballeros Templarios« (Tempelritter) den Bundesstaat; sieben weitere Kartelle machen ihnen die Territorien streitig.

Als unabhängige Forensiker haben Diana Ríos und ihre Kolleginnen und Kollegen als einzige Außenstehende Zugang zum Friedhof. Der Staatsanwalt will die Knochen vor Ort untersuchen, erzählt die junge Frau, die blaue Gummihandschuhe trägt. Es sei unmöglich, so deren einwandfreie Identifizierung zu garantieren, sagt sie. Erst Stunden später einigen sich die staatlichen und nichtstaatlichen Forensiker auf einen Abtransport in ein Labor in der Landeshauptstadt Toluca. Eine Übereinstimmung mit der DNA von Mariana Yañéz kann auch dort nicht eindeutig nachgewiesen werden. Für ihre Mutter bleibt klar: »Solange der Staat mir nicht den Körper meiner Tochter aushändigt, werde ich seine Version nicht akzeptieren. Die Behörden wollen nur ihre Akte schließen.«

Die Opfer werden nicht vergessen. Frauenstiefel und Kreuz am Fluss Xochiaca

Bild:

Ina Riaskov

Institutionalisierte Gewalt

Die Hoffnung bleibt, dass Mariana Yañéz nicht zu den über 3 000 Frauen gehört, die seit der Jahrtausendwende im Bundesstaat México ermordet wurden, weil sie Frauen waren. Der Gouverneur, der in seiner Amtszeit von 2005 bis 2011 der explosionsartigen Zunahme der Gewaltakte gegen Frauen keinen Einhalt geboten hat, war Peña Nieto (PRI), der heutige mexikanische Präsident. Er nutzte seinen Gouverneursposten als Sprungbrett in den Präsidentenpalast. Seine Politik wie sein Privatleben prägt die Unterordnung von Körper und Leben von Frauen unter das eigene Machtkalkül. So wurden unter seiner Verantwortung als Gouverneur im Jahr 2006 im Rahmen des brutalen Großeinsatzes der Bundespolizei in Atenco verhaftete Demonstrantinnen systematisch vergewaltigt. Anlass der Proteste damals war die rücksichtslose Vertreibung von Blumenhändlerinnen und -händlern vom lokalen Markt durch die Polizei. Die sich dagegen wehrende soziale Bewegung wurde niedergeschlagen, die Repression auf Frauenkörpern ausgetragen.

Ein Jahr später geriet der plötzliche Tod von Peña Nietos erster Ehefrau Mónica Pretelini in die Schlagzeilen. Sie soll an einem epileptischen Anfall gestorben sein, das investigative Nachrichtenmagazin Proceso geht jedoch von einem Femizid aus. Pretelini hatte den »Club der Bewundererinnen« geleitet, der ihren Ehemann in Wahlkampagnen unterstützte. In den Wahlkampf um die Präsidentschaft Mexikos 2012 zog Peña Nieto mit seiner zweiten Ehefrau, dem Telenovela-Star Angélica Rivera.

Hatten sich unter Peña Nieto 922 Femizide im Bundesstaat México ereignet, so schossen die Zahlen unter seinem Nachfolger und Parteifreund Eruviel Ávila (2011–2017) nochmals in die Höhe. Die 1685 bis Dezember vergangenen Jahres Ermordeten werden von NGO-Vertreterinnen und Frauenrechtlerinnen »die Toten Eruviels« genannt. Von Regierungsseite als Femizid anerkannt sind jedoch nur 306. So werden Fälle wie der von Yuritxi Medina, die vor den Augen ihres Sohnes von ihrem Mann zu Tode geprügelt wurde, und Saira Ávila, die sich in Anwesenheit ihres gewalttätigen Ehemannes erschoss, in Presse wie Polizeiakten nicht als Femizid sondern als bloßer Mord beziehungsweise Selbstmord gehandelt.

Eine, die die sensationsheischenden Medienmeldungen im Bundesstaat dechiffriert und Frauenmorde dokumentiert und öffentlich macht, ist Minerva Valenzuela von der feministischen Initiative »Bordamos Femicidios« (Wir sticken Femizide). Frauen würden immer noch in erster Linie selbst dafür verantwortlich gemacht, dass sie umgebracht werden, sagt sie. »Nicht nur Straflosigkeit leistet dem Femizid Vorschub, sondern auch die Diffamierung der Opfer. In der Presse steht dann: ›Frau in einer Bar von Unbekannten umgebracht‹; ›Mädchen ermordet, weil es mit seinem Freund stritt‹; ›Drogenabhängige in Flammen gesetzt‹. Darf ich etwa nicht ausgehen oder mit meinem Freund streiten? Und darf man mir Schreckliches antun, weil ich Drogen konsumiere?« Das Verhalten von Frauen werde reglementiert, die Gewalt gerechtfertigt. Die tagtägliche Archivierung von Fällen und deren Öffentlichmachung in den sozialen Medien ist dabei nur ein Aufgabenfeld der Initiative. Bordamos Femicidios steht auch für eine einschlägige Erinnerungs- und Lobbyarbeit von Frau zu Frau.

»Die Idee ist, dass Frauen ein Stück Lebenszeit einer der ermordeten Frauen widmen, sich ihren Fall aneignen und den Vorfall auf ein Tuch sticken – aus der Sicht der Frau, mit ihrer Stimme«, erklärt die 40jährige. Über 500 Stickerinnen sind es, die sich bis heute auf der Straße und über Facebook gefunden haben. Es ist eine niedrigschwellige Öffentlichkeitsarbeit, die Aufmerksamkeit erregt und die mörderische Gewalt gegen Frauen sichtbar macht: in der Schlange in der Bank, in der U-Bahn, an einer Haltestelle, im Park. Oder vor Regierungsgebäuden, wenn Hunderte Tücher auf Kordeln aufgespannt im Wind flattern. »›Was sticken Sie denn da?‹, fragt immer irgendjemand, wenn die zu erwartenden Blumen und Früchte nicht zu sehen sind«, sagt Valenzuela. Sie erzählt von der Kampagne, die sie vor fünf Jahren mit ins Leben rief. Ihr ist vor allem eines wichtig: »Wir versuchen, uns nicht lähmen zu lassen. Wir wollen aktiv, kreativ und solidarisch bleiben.«

Vereinte Schwestern

> »Nicht nur Straflosigkeit leistet dem Femizid Vorschub, sondern auch die Diffamierung der Opfer. Darf ich etwa nicht ausgehen oder mit meinem Freund streiten?« Minerva Valenzuela, Initiative »Bordamos Femicidios«

Der erfolgreiche Druck von Müttern, Frauenrechtsorganisationen und feministischen Bewegungen zwang den diesen Monat aus dem Amt geschiedenen Gouverneur Ávila im Juni 2015 zur Verhängung des Ausnahmezustands. Kurz zuvor fällte der Oberste Gerichtshof ein bahnbrechendes Urteil, das verfügte, jeden Mord an einer Frau als möglichen Femizid anzusehen. Hatte Ávila zu Anfang seiner Amtsperiode noch Familienangehörige von verschwundenen und ermordeten Frauen mit den Worten verprellt, der Bundesstaat habe »andere Probleme«, verkündete er nun säuselnd, er ließe es nicht zu, dass Frauen auch nur mit »dem Blütenblatt einer Rose berührt« würden. Während sich in seinem Regierungspalast die Vermisstenanzeigen stapelten, wurde ein »Gender-Alarm« in den elf Gemeinden des Bundesstaates ausgerufen, in denen die Femizidzahlen am dramatischsten waren.

Mehr als zwei Jahre später sind die staatlichen Maßnahmen ohne jegliche Resultate geblieben. Nichtregierungsorganisationen gehen davon aus, dass sie noch nicht einmal technisch umgesetzt wurden; wie beispielsweise die Spezialisierung von Polizisten und die Formierung von Einsatztruppen. Bei den wenigen Frauenmorden, die aufgeklärt wurden, haben Familienangehörige selbst unter größtem Risiko Nachforschungen angestellt. In den Gemeinden Ecatepec und Chimalhuácan ist die Zahl der Femizide sogar noch gestiegen.

Doch die Annahme, dass sich hier junge Frauen und Mädchen nicht mehr auf die Straße trauen, ist falsch. Im Viertel Hank González in Ecatepec sorgen organisierte Schülerinnen regelmäßig für spektakuläre Performances gegen Frauenmorde. »Natürlich habe ich Angst«, sagt Ana mit ernstem Blick. »Aber wir versuchen, uns nicht unterkriegen zu lassen.« Auch wenn es schwerfällt, denn Vergewaltigungen, Entführungen und Morde tragen sich oft direkt vor ihrer Schule zu. Auch Familien und Beziehungen sind von verbaler, sexueller und körperlicher Gewalt geprägt. Es gebe nur ein Gegenmittel, meint die 15jährige mit rasierten Schläfen: sororidad (Schwesternschaft). »Wenn wir mit Freundinnen über alles reden, ist das ein Anfang. Wir können nicht verhindern, dass uns

etwas geschieht. Aber wir können verhindern, dass wir uns schuldig und alleine fühlen.«

Schon fünf Generationen von Schülerinnen zählen diese Mädchen und Frauen, die ganz in Weiß in die Hügel hochsteigen, um mit ihren Körpern die Worte »Nicht eine mehr« zu formen. Genau dort, wo immer wieder Müllsäcke mit Frauenleichen abgeladen werden. Ein anderes Mal trugen sie in schwarzen Miniröcken bunte Schmetterlinge am Körper und betraten mit 150 Menschen die Sportanlage, den einzigen öffentlichen Raum im Viertel, der aber aus Angst vor den Narcos verlassen daliegt. »Mit den Performances können wir auf unsere Situation aufmerksam machen«, sagt Anas Mitstreiterin, die 17jährige Maribel, und bindet sich die braunen Haare zum Pferdeschwanz. »Wir hoffen, dass man uns in Mexiko und weltweit wahrnimmt. Denn das hier geht ja nicht nur uns etwas an.« Alle nicken im Kreis der jungen Mädchen, die sich auf dem Pausenhof versammelt haben. Sie wirken so selbstbewusst, dass man vergessen mag, was direkt vor der Tür passiert. Eine tapfere Solidargemeinschaft im Herzen der Bestie. Über ihren Köpfen schwebt die Seilbahn, eines der vielen millionenschweren Infrastrukturprojekte des PRI im Bundesstaat. Sein neuer Gouverneur ist mit Recht schon jetzt der erklärte Feind der Schülerinnen. Ändern wird er an ihrer Situation vermutlich nichts.

© Jungle World Verlags GmbH